



Weltwoche Verlags AG
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 58'430
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 40
Fläche: 73'861 mm²

Finanzausgleich ausser Rand und Band

Vertrauliche Zahlen aus dem Departement Widmer-Schlumpf zeigen: Auch 2016 werden sich die Beiträge an die Nehmerkantone erhöhen. Der Kanton Bern kratzt an der 1,3 Milliarden-Marke. Hätte der Nationalrat dem jüngsten Kompromiss auch im Lichte dieser Fakten zugestimmt? *Von Florian Schwab*

Jedes Jahr im April rechnet die Eidgenössische Finanzverwaltung aus, wie hoch die kantonalen Einzahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) beziehungsweise die Auszahlungen daraus im folgenden Jahr voraussichtlich ausfallen. Die kantonalen Finanzdirektoren sollen damit eine wichtige Information für ihre Budgetierung an die Hand bekommen. Dieses Jahr fand die Rechenübung allerdings in politisch vermintem Gelände statt.

Unversöhnlich standen sich im April der Nationalrat und der Ständerat gegenüber. Der Nationalrat wollte den Finanzausgleich, der seit seiner Einführung im Jahr 2008 um 22 Prozent von 3,7 Mrd. Fr. auf 4,5 Mrd. Fr. angestiegen ist (vgl. Grafik), geringfügig zurückbinden. Dabei hatte die Grosse Kammer – offiziell zumindest – die Unterstützung des Bundesrates und der Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP). Hingegen lehnte der Ständerat, durch den sich die Kantonsinteressen artikulieren, Kürzungen samt und sonders ab.

Am vorvergangenen Montag trat der Nationalrat zur Abstimmung zusammen. Auf dem Tisch lag ein sogenannter Kompromissvorschlag des Ständerats, den dieser mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) koordiniert hatte – massgeblich auf Initiative des bisherigen Geberkantons Waadt, der nächstes Jahr, und hier beginnen die Merkwürdigkeiten, ins Lager der Nehmerkantone wechseln wird.

Nur neun Geberkantone

Dieser Kompromiss sollte genau in die Mitte der beiden Positionen zu liegen kommen. Eine Mehrheit der nationalrätlichen Finanzkommission empfahl, die Friedenspfeife auszuschiessen und auf den Kürzungen zu beharren. Doch die Ratsmehrheit sah es anders. Auch in

der SVP, die in den vorigen Abstimmungen zu dem Thema geschlossen gegen den Ständerat gestimmt hatte, taten sich plötzlich Fronten

Schon jetzt frisst der NFA in Zug und Schwyz 40 respektive 20 Prozent der jährlichen Einnahmen auf.

auf, die wie in den anderen Parteien ungefähr entlang der Grenzen zwischen Geber- und Nehmerkantonen verliefen. Damit fiel die nationalrätliche Bastion, gibt es doch unter 26 Kantonen derzeit nur 9 Geberkantone: 107 zu 78 Stimmen gegen die eigene Kommission und den Bundesrat.

Was die Nationalräte nicht wussten: Seit mehr als zwei Monaten kennt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die erwarteten Zahlungen für 2016. Fein säuberlich hat es in zwei Tabellen die Variante Nationalrat und die Variante Ständerat aufgeführt. Die Parlamentarier bekamen diese Dokumente aber nicht zu Gesicht.

Dabei offenbaren die Tabellen, die der *Weltwoche* vorliegen, durchaus brisante Fakten, die leicht zu Zunder für die öffentliche Debatte hätten werden können. Zunächst: Der vorgeschlagene Kompromiss führt nicht etwa zu einer Senkung der NFA-Transfers, sondern nochmals zu einer Erhöhung. Insgesamt 27 Millionen Franken mehr als im Jahr 2015 werden 2016 an die Nehmerkantone ausgeschüttet werden. Die Anzahl Geberkantone reduziert sich von neun auf sechs, weil die Kantone Waadt, Baselland und Schaffhausen infolge der komplizierten NFA-Arithmetik ins Lager der Nehmerkantone wechseln.

Für die verbleibenden «sechs Verdammten», wie es ein Kantonsgewährsmann ausdrückt, wächst die finanzielle Belastung weiter an. Schon jetzt frisst der NFA in den Kantonen



Weltwoche Verlags AG
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 58'430
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 40
Fläche: 73'861 mm²



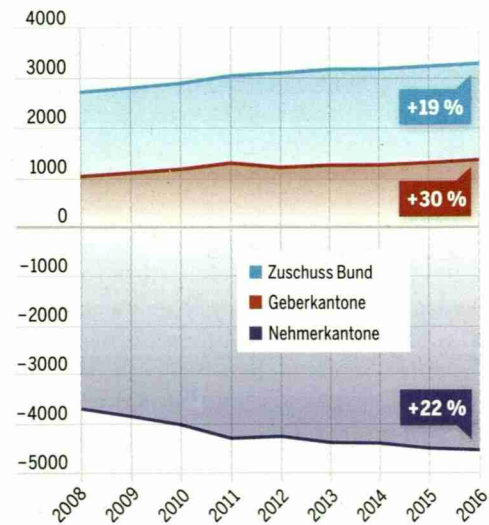
«**Negativspirale**»: Nationalrätin Gossi. Zug und Schwyz 40 respektive 20 Prozent der jährlichen Einnahmen auf. Die wenigen Geberkantone müssen im Jahr 2016 noch mehr zahlen als im Jahr 2015.

Demgegenüber entwickeln sich manche Nehmerkantone zu einem Fass ohne Boden. Allein der Kanton Bern erhält gemäss den Berechnungen von Widmer-Schlumpfs Beamten 31 Millionen mehr und kratzt mit 1,264 Milliarden Franken an der 1,3 Milliarden-Marke. Mit dem moderaten Kürzungsvorschlag des Nationalrats hätte er mit 11 Millionen Franken weniger auskommen müssen.

Die zweite Grafik veranschaulicht, wie sich die jährlichen Einzahlungen oder Auszahlungen prozentual im Vergleich zum Vorjahr ent-

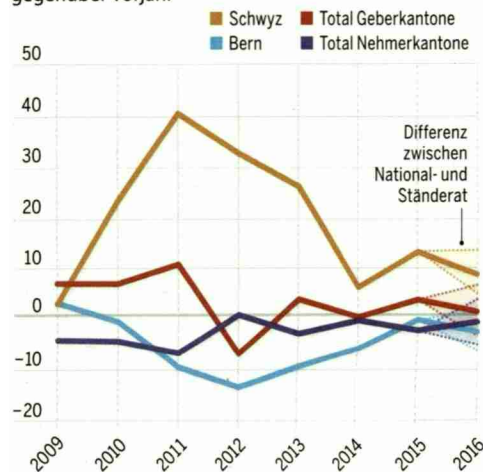
Nationaler Finanzausgleich I

Zahlungen von Geberkantonen und Zuschuss vom Bund für die Nehmerkantone, in Millionen Franken



Nationaler Finanzausgleich II

Prozentuale Veränderung der Zahlungen in den NFA-Topf gegenüber Vorjahr



QUELLE: EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT

Nehmen ist seliger denn Geben.



Weltwoche Verlags AG
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 58'430
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 40
Fläche: 73'861 mm²

wickelt haben. Am Beispiel des Kantons Schwyz lässt sich sehen, dass seine Beiträge an den Finanzausgleich zwischen 2009 und 2011 um vierzig Prozent gewachsen sind, während auf der anderen Seite die Ansprüche des Kantons Bern (hellblaue Linie) seit 2009 sich Jahr für Jahr negativ entwickelt haben. Wie man sieht, hätte der Vorschlag des Nationalrats für das Jahr 2016 zu einer Verflachung dieses Wachstums in Richtung der Null-Linie geführt, die Dynamik allerdings nicht ganz gebrochen. Demgegenüber hätten sich die Ungleichgewichte beim Status quo, den der Ständerat beibehalten wollte, weiter mit hohen Wachstumsraten vergrössert.

Argumente in der Aktentasche

Man sieht: Die Zahlen sind bei nüchterner Betrachtung Wasser auf die Mühlen der Geberkantone und der ursprünglichen Haltung des Bundesrats und des Nationalrats. Einzelne Mitglieder der Finanzkommission sollen hell entsetzt gewesen sein, als sie die Tabellen kürzlich erstmals vertraulich zu Gesicht bekamen. Warum hat die Finanzministerin sie dem Parlament nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, obwohl sie ihre Position gestärkt hätten? Sie hoffe, dass die Kürzung «noch möglich ist», flötete Widmer-Schlumpf in den Ratssaal, während die besten Argumente in ihrer Aktentasche schlummerten. Wollte sie dem Kompromiss, dem sie im Parlament öffentlich entgegentrat, insgeheim zum Durchbruch verhelfen?

Eine Nachfrage bei Widmer-Schlumpfs Generalsekretariat ergibt folgende Erklärung: Zu den Zahlen äussere man sich nicht, da diese «erst am 7. Juli kommuniziert» würden. Die Bundesrätin habe im Parlament aber sehr wohl erwähnt, dass «gemäss den provisorischen Zahlen» die Transfers im Jahr 2016 «höher sein werden» als im Jahr 2015.

Angesichts der abschreckenden Komplexität der Materie hätten genaue Zahlen durchaus einen Unterschied bedeutet, finden hingegen einige Parlamentarier. Beim Luzerner

FDP-Nationalrat Peter Schilliger macht sich Unmut bemerkbar. Er schreibt, seine Fraktion «bedauere», dass die EFD-Zahlen nicht schon während der parlamentarischen Auseinandersetzung vorlagen. «Vielleicht hätten diese mehr Druck auf die Beratung ausüben können.» Er kritisiert zudem das «sture Verhalten» der Nehmerkantone im Ständerat, das schliesslich den Nationalrat zum Einlenken gezwungen habe.

Die Bereitschaft der Zahlmeister Schwyz und Zug, in dem allzu durchschaubaren NFA-Spiel noch länger mitzumachen, nähert sich derweil dem Nullpunkt. Sie sehen sich als Opfer einer politischen Maschine, die ausser Rand und Band geraten ist: Wo zwanzig Wölfe und sechs Schafe demokratisch darüber abstimmen, was es zum Abendessen gibt, ist das Ergebnis programmiert. In dieser Gemengelage ist das Wort Kompromiss schon grundsätzlich fehl am Platz. Nicht einmal das geplante Kantonsreferendum ist bei einer solchen Übungsanlage eine realistische Option, braucht es dafür doch mindestens acht Kantone.

Nationalrätin Petra Gössi (FDP) aus dem Geberkanton Schwyz, eine der stärksten Kritikerinnen des NFA, gibt sich resigniert. Ein solches Referendum sei nur zu gewinnen, **Warum hat die Finanzministerin die Tabellen dem Parlament nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt?**

wenn auch bei den Regierungen von Nehmerkantonen «staatspolitisches Verantwortungsbewusstsein» Einzug halte und auch Kantonsregierungen aus der Romandie mitmachten. Das ursprüngliche Ziel des NFA, keinen Kanton unter 85 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Budgets fallen zu lassen, sei bereits «übererfüllt». Jede Ausweitung schade daher nur noch. Es drohe eine «Negativspirale» und schliesslich ein «Scherbenhaufen». Bei bürgerlichen Kollegen aus den Nehmerkantonen erfahre sie für diese Haltung zunehmend Unterstützung, so Gössi. ○